1. Ausfertigung

Mg 104/1

BEBAUUNGSPLAN Mg 104

Maßstab 1:1000

in 5 Blättern

Es gilt die Baunutzungsverordnung 1968

Mg 104/1

Dieses Blatt Nr. 1 der Erstausfertigung ist Bestandteil des aus 5 Blättern bestehenden Bebauungsplanes Mg 104 und bildet mit ~~dem Blatt~~ 2 – 5 /den Blättern der Erstausfertigung eine Einheit.

Reiff
Stadtrat

Textliche Festsetzungen

Nach § 9 (1) des Bundesbaugesetzes – BBauG – vom 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341) i. V. m. der Baunutzungsverordnung – BauNVO – in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. 11. 1968 werden die durch Zeichnung, Farbe und Schrift getroffenen Festsetzungen ergänzt:

§ 1 Art der baulichen Nutzung (§ 9 (1) Nr. 1 u. BauGB)

Nach § 8 (4) BauNVO sind innerhalb der Gewerbegebiete nur nicht wesentlich störende Gewerbebetriebe oder Betriebsteile zulässig.

§ 8 (3) BauNVO bleibt unberührt.

§ 2 Gemeinschaftsanlagen und Nebenanlagen (§ 9 (1) Nr. 22 BauGB)

Die mit den roten Ziffern ① – ⑤ gekennzeichneten Flächen für Gemeinschaftsanlagen und Gemeinschaftsgaragen sind für die mit den gleichen Ziffern gekennzeichneten Baugebiete zur Errichtung dieser Stellplatzpflicht zugelassen (§ 70 BauO NW).

§ 3 Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern und Bindungen für Bepflanzungen (§ 9 (1) Nr. 25 u. 16 BauGB)

Für Gemeinschaftsstellplätze und Gemeinschaftsgaragen festgesetzten Flächen im gesamten Plangebiet sind zu 50 % gärtnerisch anzulegen und dauernd zu unterhalten.

Es sind zusammenhängende Rasenflächen zu schaffen, die mit Großbäumen, d. h. großkronige und bis etwa 20 m hoch wachsende standortgerechte Bäume, in Form von Baumgruppen zu bepflanzen sind und in einer Einzelbaumpflanzung auslaufen.

Großbaumbepflanzung, z. B.:

Pflanzenqualität:

Stammumfang 45 – 60 cm

Sträucher, Ziersträucher, Rosen

Stammumfang 10 – 12 cm

Solitärsträucher, Solitärsträucherhochstämme von 15 – 20 cm Stammdurchmesser (Stammumfang 45 – 60 cm)

Zur Großbaumbepflanzung ist zusätzlich eine Unterbepflanzung aus halbhohen bzw. niedrigen, flächigen und bodendeckenden Pflanzenarten zu schaffen.

Pflanzenarten, z. B.:

Bodendecker, Pyracantha-, Lonicera-Arten u. ä.

§ 4 Geh-, Fahr- und Leitungsrechte (§ 9 (1) Nr. 11 BBauG)

a) Die Stadt Dortmund hat das Recht, die durch Zeichnung und Farbe festgesetzte und mit den Buchstaben A bezeichnete Fläche mit einem Gehrecht zu belasten.

b) Die Eubrügge AG hat das Recht, die durch Zeichnung und Farbe festgesetzten und mit den Buchstaben B bezeichneten Flächen mit einem Geh- und Leitungsrecht zu belasten.

c) Die Stadt Dortmund hat das Recht, die durch Zeichnung und Farbe festgesetzten und mit den Buchstaben C bezeichneten Flächen mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belasten.

Der Rat der Stadt hat am 6.5.74 nach § 2 des Bundesbaugesetzes von 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341) beschlossen, diesen Bebauungsplan zu ändern.

Dortmund, den 8.5.74

Oberbürgermeister — Ratsmitglied

Der Rat der Stadt hat am 6.5.74 nach § 2 (6) des Bundesbaugesetzes von 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341) beschlossen, diesen Bebauungsplan gemäß Änderung Nr. ⑥ zu ändern und die Änderung öffentlich auszulegen.

Dortmund, den 8.5.74

Oberbürgermeister — Ratsmitglied

Die Änderung Nr. ⑥ dieses Bebauungsplanes mit Begründung hat nach § 2 (6) des Bundesbaugesetzes von 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341) für die Dauer eines Monats vom 24.6.1974 bis 24.7.1974 einschließlich zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegen.

Dortmund, den 26.7.1974

Der Oberstadtdirektor
In Auftrag
Stadt. Vermessungsrat

Der Rat der Stadt hat am 20.11.1975 nach § 10 des Bundesbaugesetzes von 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341) die Änderung Nr. ⑥ dieses Bebauungsplanes als Satzung beschlossen.

Dortmund, den 11.11.1975

Oberbürgermeister — Ratsmitglied

Die Änderung Nr. ⑥ dieses Bebauungsplanes hat nach § 11 des Bundesbaugesetzes von 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341) mit Verfügung vom 4.5.1976 genehmigt wurden.

Essen, den

Der Regierungspräsident
Im Auftrag

Die Genehmigung der Änderung Nr. ⑥ dieses Bebauungsplanes sowie Ort und Zeit ihrer öffentlichen Auflegung sind nach § 12 des Bundesbaugesetzes von 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341) in den „Dortmunder Bekanntmachungen" – Amtliches Organ der Stadt Dortmund – Nr. 26 vom 25.6.1976 ortsüblich bekanntgemacht worden.

Mit der Bekanntmachung wurde die Änderung Nr. 6 dieses Bebauungsplanes rechtsverbindlich.

Dortmund, den 28.6.1976

Der Oberstadtdirektor
In Auftrage
Stadt. Vermessungsrat

Der Rat der Stadt hat am 6.5.1974 die mit der Ziffer ① bezeichnete, vereinfachte Änderung nach § 13 des Bundesbaugesetzes vom 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341) beschlossen. Für die Änderung gilt die Baunutzungsverordnung 1968 (Bundesgesetzblatt I S. 1237) und die Satzung beschlossen.

Dortmund, den 7.6.1974

Oberbürgermeister — Ratsmitglied

Der Rat der Stadt hat am 27.1.1974 diesen Vorplan beigetreten (Entfristungsschluß) und hat die Änderung Nr. ⑥ als Satzung beschlossen.

Dortmund, den 27.1.1974

Oberbürgermeister — Ratsmitglied

Die vereinfachte Änderung Nr. ⑤ sowie Ort und Zeit der öffentlichen Auslegung ist nach § 12 des Bundesbaugesetzes vom 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341) im „BEKANNTMACHUNGEN" – Amtliches Organ der Stadt Dortmund – Nr. 24 vom 14.6.1974 ortsüblich bekanntgemacht worden. Mit der Bekanntmachung wurde die vereinfachte Änderung rechtsverbindlich.

Dortmund, den 18.6.1974

Der Oberstadtdirektor
Im Auftrag
Oberverm. Rat

Der Rat der Stadt hat am 21.4.1975 nach § 2 des Bundesbaugesetzes von 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341) beschlossen, diesen Bebauungsplan zu ändern.

Dortmund, den 22.4.1975

Oberbürgermeister — Ratsmitglied

Der Rat der Stadt hat am 21.4.1975 nach § 2 (6) des Bundesbaugesetzes von 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341) beschlossen, die Änderung Nr. ⑦ dieses Bebauungsplanes mit Begründung auf die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.

Dortmund, den 22.4.1975

Oberbürgermeister — Ratsmitglied

Die Änderung Nr. ⑦ dieses Bebauungsplanes sowie Ort und Zeit ihrer öffentlichen Auflegung sind nach § 12 des Bundesbaugesetzes von 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341) in den „Dortmunder Bekanntmachungen" – Amtliches Organ der Stadt – Nr. 26 vom 25.6.1976 ortsüblich bekanntgemacht worden.

Mit der Bekanntmachung wurde die Änderung Nr. 7 dieses Bebauungsplanes rechtsverbindlich.

Dortmund, den 28.6.1976

Der Oberstadtdirektor
Im Auftrage
Stadt. Vermessungsrat

Der Rat der Stadt hat am 16.11.1975 nach § 2 (6) des Bundesbaugesetzes vom 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341) die gegen den Plan vorgebrachten Bedenken und Anregungen geprüft und dabei die eingetragene(n) Änderung(en) Nr. ⑧ beschlossen.

Dortmund, den 11.11.1975

Oberbürgermeister — Ratsmitglied

Der Rat der Stadt hat am 16.11.1975 nach § 10 des Bundesbaugesetzes von 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341) die Änderung Nr. ⑦ dieses Bebauungsplanes als Satzung beschlossen.

Dortmund, den 11.11.1975

Oberbürgermeister — Ratsmitglied

Die Änderung Nr. ⑦ dieses Bebauungsplanes hat nach § 11 des Bundesbaugesetzes von 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341) mit Verfügung vom 4.5.1976 genehmigt wurden.

Essen, den

Der Regierungspräsident
Im Auftrag

Die Genehmigung der Änderung Nr. ⑦ dieses Bebauungsplanes sowie Ort und Zeit ihrer öffentlichen Auflegung sind nach § 12 des Bundesbaugesetzes von 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341) in den „Dortmunder Bekanntmachungen" – Amtliches Organ der Stadt Dortmund – Nr. 26 vom 25.6.1976 ortsüblich bekanntgemacht worden.

Mit der Bekanntmachung wurde die Änderung Nr. 7 dieses Bebauungsplanes rechtsverbindlich.

Dortmund, den 28.6.1976

Der Oberstadtdirektor
Im Auftrage
Stadt. Vermessungsrat

Der Rat der Stadt hat am 16.11.1975 nach § 2 (6) des Bundesbaugesetzes vom 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341) beschlossen, diesen Bebauungsplan – Entwurf – mit Begründung öffentlich auszulegen.

Dortmund, den 22.6.71

Oberbürgermeister — Ratsmitglied

Dieser Bebauungsplan ist nach § 11 des Bundesbaugesetzes vom 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341) mit Verfügung vom 27.04.1973 (Az.: 605-125.1120/Dortmund Mg 104/1) genehmigt worden.

Essen, den 31.10.1973

Landesbaubehörde Ruhr
I. A.
Oberregierungs- u. -vermessungsrat

Die Übereinstimmung der Bestimmungen dieses Planes mit dem Katasternachweis wird bescheinigt.

Dortmund, den 20.1.1969

Stadt. Ob. Verm. Rat

Entworfen 12.1.69
Dortmund, den 23.1.69

Baudezernent — Stadtplanungsamt

Der Rat der Stadt hat am 5.5.69 nach § 2 des Bundesbaugesetzes vom 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341) beschlossen, diesen Bebauungsplan aufzustellen.

Dortmund, den 6.5.69

Oberbürgermeister — Ratsmitglied

Dieser Bebauungsplan – Entwurf – mit Begründung hat nach § 2 (6) des Bundesbaugesetzes vom 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341) auf die Dauer eines Monats vom 4.12.72 bis 4.1.73 einschließlich zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegen.

Dortmund, den 5.1.73

Der Oberstadtdirektor
Im Auftrage
Ltd. Stadt. Baudirektor

Der Rat der Stadt hat am 7.5.73 nach § 10 des Bundesbaugesetzes vom 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341) diesen Bebauungsplan als Satzung beschlossen.

Dortmund, den 8.5.1973

Oberbürgermeister — Ratsmitglied

Die Genehmigung dieses Bebauungsplanes sowie Ort und Zeit seiner öffentlichen Auflegung ist nach § 12 des Bundesbaugesetzes vom 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341) in den „BEKANNTMACHUNGEN" – Amtliches Organ der Stadt Dortmund – Nr. 20 vom 17.5.1974 ortsüblich bekanntgemacht worden.

Mit der Bekanntmachung wurde der Bebauungsplan rechtsverbindlich.

Dortmund, den 11.2.1974

Der Oberstadtdirektor
Im Auftrag
Stadt. Vermessungsrat

Der Planbereich war Bergbaubaugebiet, der nicht ohne Vorsorgemaßnahmen, wie Unterfangungen, Sicherungspfeiler usw. bebaut werden kann. Die erforderlichen Sicherungsmaßnahmen hat die Bergwerksgesellschaft Hibernia durchzuführen.

ZEICHENERKLÄRUNG

Bestand

Bemerkung: Die verwendeten Zeichen und Signaturen entsprechen, soweit nicht besonders dargestellt, den Zeichenvorschriften für Katasterkarten u. Vermessungsrisse in Nordrhein-Westfalen.

- Eigentumsgrenze
- Hfd. Nr. im Eigentümerbestandsverzeichnis
- Geschoßzahl: vorhandener Gebäude
- Attikageschoß
- Traufenhöhe ü. NN
- Öffentlicher Parkplatz

Unverändert bestehenbleibende Festsetzungen und nachrichtliche Übernahmen

- Begrenzungslinie
- Baulinie
- Baugrenze
- Baugebietsgrenze und Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung

Aufgehobene Festsetzungen

BHo — Beispiele

Festsetzungen

Art der baulichen Nutzung

- WS — Kleinsiedlungsgebiete
- WR — Reine Wohngebiete
- WA — Allgemeine Wohngebiete
- MD — Dorfgebiete
- M — Mischgebiete
- MK — Kerngebiete
- GE — Gewerbegebiete
- GI — Industriegebiete
- SW — Wochenendhausgebiete
- SO — Sondergebiete

Maß der baulichen Nutzung

- (II) — Höchstgrenze der Zahl der Vollgeschosse
- (II) — Zwingend vorgeschriebene Zahl der Vollgeschosse
- 0.4 — Grundflächenzahl
- (0.7) — Geschoßflächenzahl
- (30) — Baumassenzahl

Bauweise - Stellung der baulichen Anlagen - Baulinien - Baugrenzen

- o — offene Bauweise
- g — geschlossene Bauweise
- Gartenhofhäuser
- Nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig
- Nur Hausgruppen zulässig
- Nur Einzelhäuser zulässig
- Nur Doppelhäuser zulässig
- Firstrichtung
- Baulinie
- Baugrenze
- Gebäude u. Hausgruppen beliebiger Länge zulässig § 22(4) BauNVO

Äußere Gestaltung baulicher Anlagen

- Satteldach
- Walmdach
- Pultdach (Pfeil in Richtung der Traufe)
- Krüppelwalmdach
- Dachneigung

Bauliche Anlagen u. Einrichtungen für den Gemeinbedarf

- Baugrundstücke für den Gemeinbedarf
- Verwaltungsgebäude
- Kirche
- Schule
- Krankenhaus
- Kindertagesstätte, Kindergarten
- Jugendheim, Jugendherberge
- Post
- Umformerstation
- T — Trafostation
- G — Gasdruck-Reglerstation

Verkehrsflächen

- Straßenverkehrsflächen (Randlinie)
- Straßenverkehrsflächen (privat)
- P — Parkflächen (öffentlich)
- Verkehrsmittel auf bes. Bahnkörper
- Straßenbegrenzungslinie Begrenzung zwischen verschiedenen Zu- u. Ausfahrtsverbot

Flächen für Versorgungsanlagen od. für die Verwertung oder Beseitigung von Abwasser oder festen Abfallstoffen

- Versorgungsflächen

Grünflächen

- Grünflächen (öffentlich)
- Grünflächen (privat)
- Parkanlage
- gärtnerische Anlage
- Friedhof
- Dauerkleingartenanlage
- Sportplatz
- Kinderspielplatz

Flächen für die Landwirtschaft und für die Forstwirtschaft

- Flächen für die Landwirtschaft
- Flächen für die Forstwirtschaft

Sonstige Festsetzungen

- Flächen für Stellplätze oder Garagen
- Flächen für Gemeinschaftsstellplätze oder Gemeinschaftsgaragen
- Flächen für Gemeinschaftsanlagen (Gemeinschaftskinderspielplatz)
- Mit Geh-, Fahr- u. Leitungsrechten zu belastende Flächen
- Baugebietsgrenze und Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung
- Grenzen des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes
- Zugehörigkeitsbänder für baugebietsteile

Planungen und sonstige Darstellungen

- geplante Begrenzungslinien
- sonstige Planungen
- Umgrenzung der Sonnengebiete
- Umgrenzung der Lärmgebiete
- Umgrenzung der Landschaftsschutzgebiete
- Umgrenzung der Verbandsgrünflächen
- Umgrenzung der Flächen mit wasserrechtlichen Festsetzungen zu erhaltender Bewuchs

Mg 104/1

STADT DORTMUND
Bebauungsplan Mg 104
in 5 Blättern (Blatt 1)
Flurkarte 9415 N+9515 N
Stadtgrundkarte
Maßstab 1:1000

Mg 104/1

Anschluß 8 Blatt 2 — Anschluß 9 Blatt 3 — Anschluß 0 Blatt 3